



Freie Demokratische Partei
FDP-Gemeinderatsgruppe Rastatt

FDP – Haushaltsrede 2024

– Es gilt das gesprochene Wort! –

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

sehr geehrte Beigeordnete,

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

sehr geehrte Damen und Herren

Der Haushalt soll eigentlich Ausdruck unseres politischen Willens als Gemeinderat sein. Er beschreibt die Ziele und Aufgaben, für die wir bereit sind, Geld auszugeben.

Leider kann der Haushalt aktuell diese Funktion nur noch eingeschränkt erfüllen. Wir können erhebliche Beträge für die Instandhaltung von Straßen, für Klimaanpassungsmaßnahmen oder für sonstige Aufgaben im Haushalt niederlegen, wir schaffen es aktuell schlicht und ergreifend nicht, die Investitionen zu tätigen und damit die sprichwörtlichen PS auf die stark beanspruchten Straßen zu bringen. Es fehlt einfach am Personal. Dadurch verkommt der Haushaltsplan immer mehr zu einer Art unverbindlicher Wunschvorstellung.

Das liegt nicht etwa daran, dass wir zu wenige Stellen hätten. In den vergangenen 10 Jahren ist die Anzahl der Stellen um ca. 25 % gestiegen. Die Personalausgaben liegen konstant bei einem Anteil von circa 30 % der ordentlichen Aufwendungen und übersteigen seit Jahren die Nettogewerbesteuereinnahmen. Wir bauen Personalkosten in einem Umfang auf, den wir uns nur aufgrund der rekordverdächtigen Gewerbesteureinnahmen überhaupt leisten können.

Der Grund für die Entwicklung ist vielmehr, dass aufgrund des Fachkräftemangels Stellen an entscheidenden Positionen nicht besetzt werden können.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Und Hoffnung auf Besserung ist nicht in Sicht. Es gilt also, die Verwaltung auch zukünftig in die Lage zu versetzen, unsere politischen Vorstellungen trotz der unbesetzten Stellen weitergehend erfüllen. Dafür gibt es durchaus Verbesserungspotential.

Zum einen müssen wir die Organisationsstruktur der Verwaltung betrachten. Wir müssen es schaffen, gerade diejenigen Mitarbeiter, die an angespannten Stellen sitzen, von Querschnittsaufgaben zu entlasten und diejenigen Arbeitsanteile und Arbeitsschritte, die nicht absolute Kernaufgabe sind, zentral zu leisten. Insgesamt ist es sicher zielführend, die Prozesse erheblich zu entbürokratisieren und nicht auch noch selbst bürokratische Vorgaben zu machen. Beispielsweise würde der Vorschlag, Klimaschutz als Querschnittsaufgabe in den einzelnen Fach- und Kundenbereichen anzusiedeln zu einem erhöhten bürokratischen Aufwand führen, dies muss aus Sicht der FDP zur Entlastung bei der Stabsstelle angesiedelt bleiben.

Es gab auch die Hoffnung, dass die Digitalisierung und der Einsatz künstlicher Intelligenz den Stellenbedarf eingrenzen könnte. Diese Hoffnung hat sich in vielen Bereichen zerschlagen. Zusätzlich legen wir uns aber auch noch weitere Steine in den Weg. Die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung stammt noch aus einer Zeit, in der der Begriff Digitalisierung mit der Frage verknüpft wurde, ob man eine Internetseite und eine E-Mailadresse überhaupt braucht, das Faxgerät war ja noch in Ordnung. Dass diese Struktur für das Arbeiten im digitalen Umfeld geeignet ist, darf bezweifelt werden.

Auf die Gefahr hin, wie eine kaputte Schallplatte zu klingen: Die Organisationsstruktur der Verwaltung muss dringend durch gutachterlichen Blick von außen überprüft werden.

Daneben müssen wir Maßnahmen und Lösungen finden, die mit möglichst wenig Personalaufwand zu größtmöglichem Erfolg führen. Als Beispiel kann hier der Vorschlag des Klimabündnisses dienen, kostenlos Bäume zu verteilen, anstatt mit einer unnötigen und kontraproduktiven Baumschutzsatzung mit Antrags-, Prüfungs- und Genehmigungspflicht

kostbare Mitarbeiterzeit zu verschwenden. Auch wäre beispielsweise eine Freigabe der Poststraße für Fahrradfahrer in den Abend- und Nachtstunden eine einfache und unbürokratische Maßnahme zur Stärkung des Fahrradverkehrs.

Und schließlich müssen wir uns von der Vorstellung verabschieden, alles mit eigenem Personal leisten zu können. Einzelne Aufgaben können sicher fremd vergeben werden, von anderen werden wir uns möglicherweise verabschieden müssen.

Nur, wenn wir finanziellen und personellen Spielraum gewinnen, können die Haushaltsmittel wirklich als Investition in die Zukunft genutzt werden.

Und ich befürchte, dass die Dringlichkeit unterschätzt wird. So muss dringend die Erschließung von Merzeau als attraktives Wohngebiet vorangetrieben werden, um den Wohnungsmarkt zu entlasten und die Voraussetzungen für eine dezentrale Flüchtlingsunterbringung in einem atmenden System zu ermöglichen. Und wenn mit der Planung für den Sportpark im Münchfeld nicht bald begonnen wird, lassen wir nicht nur die Vereine im Stich, sollte sich hierdurch der Zeitplan des Klinikneubaus verzögern wäre dies eine kaum zu toppende Blamage. Das Komibad und die Landesgartenschau müssen finanziert und umgesetzt werden

Und dann folgt die nächste Mammutaufgabe. Wenn wir es weiterhin trotz rekordverdächtiger Gewerbesteuererinnahmen nicht schaffen, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, werden nicht wir es sein, die über Sparmaßnahmen autonom entscheiden können.

Da der Haushaltsplan in der aktuellen Form nur eingeschränkt als Basis für die Arbeit des kommenden Jahres geeignet ist, können wir ihm nicht zustimmen. Die genannten Lösungsansätze sind darin auch nicht ausreichend enthalten.

Dies ist allerdings nicht die Schuld der aktuellen Verwaltungsspitze, die alte Tendenz, den Mangel zu verwalten, konnte nicht durchbrochen werden, da der Haushalt noch vor Ihrer Bestellung, Frau Oberbürgermeisterin Müller, aufgestellt, wurde. Wir hoffen, dass Sie die richtigen Schlüsse aus der Entwicklung ziehen und werden uns aus diesem Grund bei der Abstimmung über den Haushalt enthalten.